

PRESSEMITTEILUNG

Stammzellenforschung: 14 Organisationen appellieren an Bundestag für Beibehaltung bestehender Stichtagsregelung im Stammzellgesetz

München (18.09.07). Im Hinblick auf die bevorstehende Debatte über das Stammzellgesetz (StzG) haben in einem gemeinsamen Aufruf 14 Initiativen, Arbeitsgruppen und Organisationen aus ganz Deutschland Anfang dieser Woche an die Mitglieder des Deutschen Bundestages appelliert, das bestehende Stammzellgesetz nicht zu ändern, auch nicht durch bloße Änderung des Stichtages. Stattdessen plädieren die Unterzeichner dafür, die öffentliche Förderung der Stammzellforschung in Deutschland verstärkt der Forschung an adulten Stammzellen zugute kommen zu lassen.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes gehören die Tübinger Initiative gegen die Bioethik-Konvention, die Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus e.V. (Bundesverband), Dortmund, der Bund der "Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V., Detmold, der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V., Berlin, das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., Stuttgart, das Diakonische Werk Tübingen, die Solidarische Kirche im Rheinland, die Fördergemeinschaft für Taubblinde e.V. - Bundeselternvertretung Deutschland, das Gen-ethisches Netzwerk e.V., Berlin, die InteressenGemeinschaft Kritische Bioethik Deutschland, München, und Ärzte für das Leben e.V., 64678 Lindenfels. Außerdem der Arbeitskreis Bioethik der Kinderheilstätte Nordkirchen, der Arbeitskreis Christen und Bioethik, Bonn, sowie der Arbeitskreis Menschenwürde und Bioethik, Schwarzach-Mosbach und diverse Einzelunterzeichner.

Zur Begründung für ihre Forderungen heißt es in dem Brief an die Abgeordneten: „Die deutsche Stammzellforschung hat sich in der Öffentlichkeit stets als betont therapie-orientiert dargestellt. In letzter Zeit hat sich jedoch herausgestellt, dass offenbar die Schwierigkeiten bei der Forschung an humanen embryonalen Stammzellen (hES) größer als erwartet sind (hohe Kanzerogenität und Differenzierungs-Instabilität von Transplantaten etc.). Heute wird der zeitliche Horizont für einen wissenschaftlichen Durchbruch von Fachleuten mit zehn bis zwanzig Jahren veranschlagt, wobei unsicher bleibt, ob es ihn überhaupt geben wird. Derzeit gibt es weder eine auf hES basierte Therapie noch eine erste klinische Studie am Menschen. Ob es therapeutische Erfolge im Tierversuch gibt, ist umstritten.“

Der Wunsch deutscher hES-Forscher nach aus dem Ausland eingeführten frischen und hochwertigeren humanen embryonalen Stammzellen sei verständlich, er verkenne aber, dass es nicht nur um die bloße Verschiebung eines Datums geht, denn eines Tages werde es noch bessere Stammzellen geben. „Dann wird die nächste Forderung die übrigens schon heute zu hören ist, lauten, dass die deutschen Stammzellforscher ihr Arbeitsmaterial doch selbst sollten herstellen dürfen“, so die Unterzeichner. Sie befürchten, dass „die innere Logik dieser Schritt-für-Schritt-Strategie“ uns schon bald dazu zwingen werde, das Embryonenschutzgesetz selbst anzutasten, welches heute noch weitgehend als sakrosankt gelte.

Die Organisationen kritisieren, es sei schwer verständlich, dass in der öffentlichen Debatte das Forschungsgebiet der adulten Stammzellen (AS) nur beiläufig gewürdigt wird. „Es hat sich seit etwa vier Jahrzehnten geräuschlos, aber stetig und unabhängig von der hES-Forschung etabliert und bringt derzeit fast jede Woche neue und durch klinische Studien belegte Therapien auf den Markt. Ähnliches gilt für die Stammzellen aus Nabelschnurblut. Beide Forschungsgebiete sind ethisch unproblematisch. Selbst wenn sie, wie die hES-Lobby behauptet, nicht so effizient und theorie-gestützt sein sollten wie die hES, so verfügen wir doch durch sie über ein stetig wachsendes Repertoire von Stammzelltherapien. Es handelt sich um echte Alternativen!“ heißt es in dem Aufruf.

Die Unterzeichner fordern daher die Mitglieder des Bundestages auf, „sich nicht eine neue Debatte über die Stichtagsfrage aufdrängen zu lassen, sondern eine politische Grundsatzdebatte über die längst überfällige Frage zu erzwingen, ob wir weiterhin auf hES-basierte Therapien in

einer ungewissen Zukunft warten sollen, statt sich sofort auf etablierte Alternativen zu konzentrieren.“

Um einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte zu leisten, hat die InteressenGemeinschaft Kritische Bioethik Deutschland kürzlich unter <http://www.stammzellen-debatte.de/> ein eigenes Informationsportal zum Thema embryonale und adulte Stammzellen, therapeutisches und reproduktives Klonen und Nabelschnurblut-Stammzellen freigeschaltet. Dort finden alle Interessierten eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten, Texten, Stellungnahmen, Themenspecials, wöchentlich aktualisierten Pressespiegel und Neuigkeiten, die den bisherigen und aktuellen Verlauf der Stammzellen-Debatte widerspiegeln und zur Meinungsbildung anregen sollen. Ergänzend gibt es Links und Literaturtipps.

Weitere Informationen:

Der "Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Bundestags zur Stammzellenforschung" ist im Internet abrufbar im PDF-Format unter:

<http://www.stammzellen-debatte.de/aufruf-mdb-stammzellengesetz-12-09-07.pdf>

Diese Pressemitteilung finden Sie auch als RTF-Text bzw. im PDF-Format unter:

<http://www.stammzellen-debatte.de/pm-aufruf-stammzellenforschung-18-09-07.rtf>

<http://www.stammzellen-debatte.de/pm-aufruf-stammzellenforschung-18-09-07.pdf>

Abdruck honorarfrei, Belegexemplar bzw. Linkhinweis bei Online-Medien erbeten!

Kontakt für Rückfragen:

InteressenGemeinschaft Kritische Bioethik Deutschland
Christian Frodl, (Sprecher der IG Kritische Bioethik Bayern)
Radolfzeller Str 42
81243 München

Tel.: 089 / 83 77 55

Mobil: 0163 / 6135171

E-Mail: info@bioethik-bayern.de